

Ball der Polizei

des Landesbezirks Saarland

„Polizei für Bürger – Bürger für Polizei“

Stargast:

Men in Black

Gesangsshow

**Doc Shredder
+ Dolls Company**

Akrobatik

**Transatlantic
Showband**

Tanz- und Programmbegleitung



Edwina de Pooter

Moderation und Entertainment

Mit freundlicher Unterstützung
Ihrer O₂Shops im Saarland und
der Pfalz!

O₂

O₂ Shops
Saarbrücken:
Bahnhofstraße 80 • St. Johanner Markt 20
Poststraße 5, 66482 Zweibrücken • Pasteurstraße 1, 66538 Neunkirchen/Saar •
Französische Straße 22, 66740 Saarlouis

24. September 2005

20.00 Uhr

Einlass 19.00 Uhr

Stadthalle

St. Ingbert

EINTRITTSPREIS: 12,00 €

KARTENVORVERKAUF:

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland
Landesgeschäftsstelle, Kaiserstraße 258, 66133 Saarbrücken,
Telefon: 06 81 / 8 41 24 10, Telefax: 06 81 / 8 41 24 15
Polizeiinspektion St. Ingbert, Ralph Herrmann,
Kaiserstraße 48, 66386 St. Ingbert

VERANSTALTER:
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Saarland

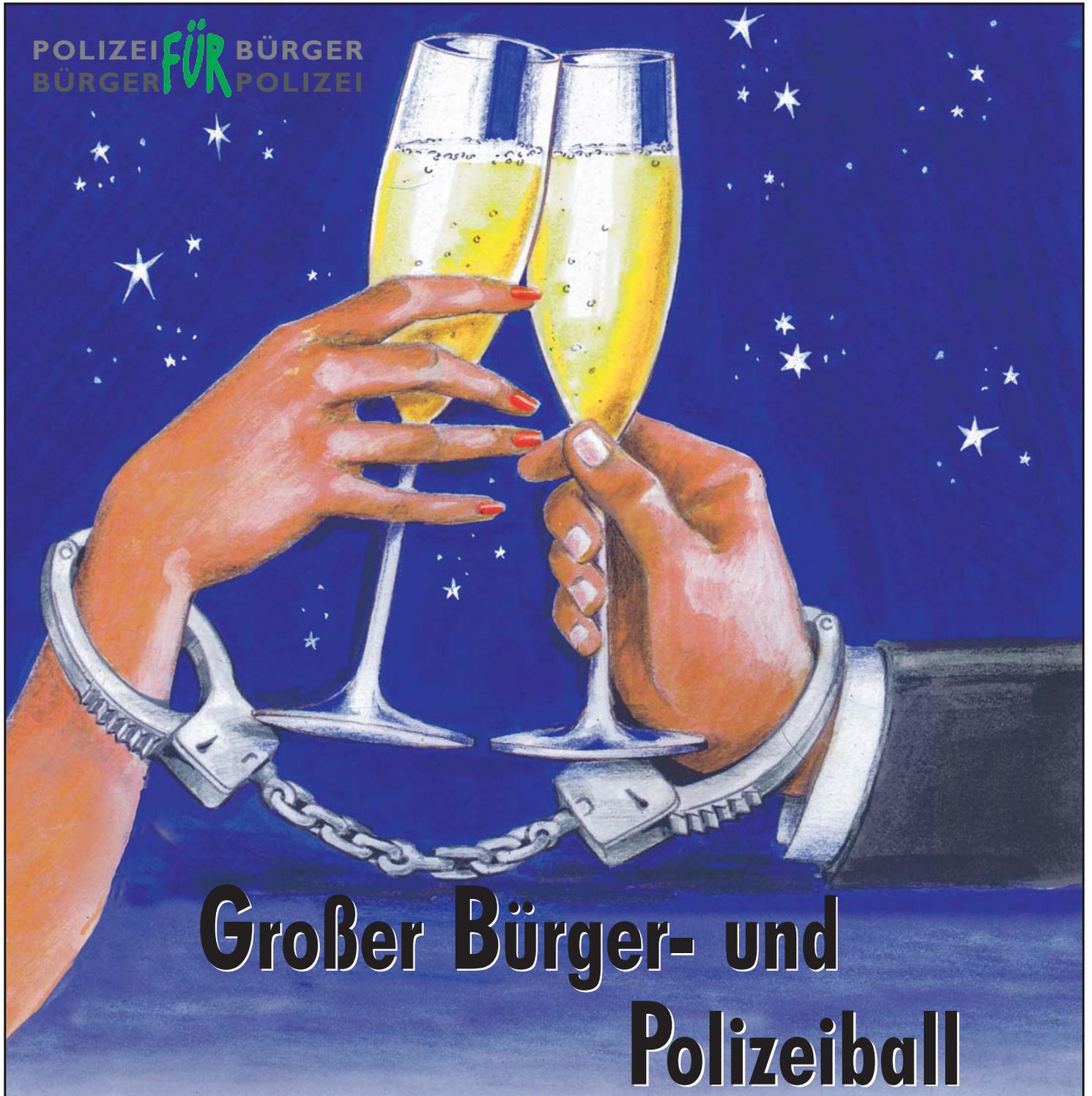
POLIZEI

DEIN PARTNER

GEWERKSCHAFT DER POLIZEI

Landesbezirk
Saarland

POLIZEI FÜR BÜRGER
BÜRGER FÜR POLIZEI



Großer Bürger- und Polizeiball

ST. INGBERT

24. SEPTEMBER 2005



www.VDPolizei.de

24.09.2005

Beginn: 20.00 Uhr
Stadthalle St. Ingbert

POLIZEI – DEIN PARTNER

Polizeisozialwerk
Gewerkschaft der Polizei
Saarland



Impressum

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Dirk Schnubel

Fotos: Die Verfasser
Nachdruck des redaktionellen Teils nur nach
ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Verlag, Anzeigenwerbung und Gestaltung:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
- Anzeigenverwaltung -
Sitz Hilden
Betriebsstätte Worms
Küferstraße 11, 67551 Worms
Telefon (0 62 47) 6 09-0 - Telefax 6 09-70
vdp.anzeigenverwaltung.worms@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Lothar Becker, Bodo Andrae
Gestaltung und Layout: Cynthia Bongibault

Satz und Druck:
Druckerei Josef Schwab GmbH
© 2005

05/05/56



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Ball der Polizei

in der Stadthalle
St. Ingbert

Grußworte	3
Artikel	11
Programm	21
Danksagung	39

Innere Sicherheit ist nur mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gewährleisten – nicht ohne sie, nicht gegen sie.



■ „Polizei für Bürger – Bürger für Polizei“ lautet das Motto des diesjährigen „Balls der Polizei“. Ein Motto, das der veranstaltende Landesbezirk Saarland der Gewerkschaft der Polizei, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der durch terroristische Bedrohungen angespannten Sicherheitslage, sehr treffend gewählt und formuliert hat.

Ein von gegenseitigem Verständnis und Vertrauen geprägtes Bürger – Polizei fördert nicht nur ein positives Klima, es ist vielmehr Voraussetzung erfolgreicher Polizeiarbeit; denn die Polizei ist bei der Gefahrenabwehr und Strafverfolgung auf die Unterstützung und Hilfe der Bevölkerung angewiesen. Innere Sicherheit ist nur mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gewährleisten – nicht ohne sie, nicht gegen sie. Bürgernähe soll jedoch nicht nur beim polizeilichen Einschreiten im konkreten Einzelfall erlebbar sein. Sie ist nicht mit

punktuellen spektakulären Aktivitäten der Polizei zu erreichen und nicht Aufgabe von nur wenigen bestimmten Beamten oder Dienststellen. Bürgernähe ist abhängig von der Einstellung und dem Verhalten jedes einzelnen Polizeibeamten. Sie erfordert Tag für Tag bürgerorientierte Zielsetzungen, professionelles Verhalten, aufgeschlossene, kooperative und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Bürgernahe Polizeiarbeit erwächst auch aus einer sich den kontinuierlichen Aufgabenentwicklungen anpassenden, bürgernahen Polizeiorganisation. Mit der Umsetzung der Ergebnisse der AG 2000 plus haben wir das Fundament hierzu geschaffen und als weiteren Baustein eine zentrale Leitstelle für die Vollzugspolizei des Saarlandes auf den Weg gebracht, die durch professionelles Einsatzmanagement die Bewältigung polizeilicher Lagen in an-

gemessener Zeit optimieren wird. Zur bürgernahen Polizeiarbeit gibt es keine überzeugende Alternative. Sie ist das Markenzeichen einer modernen Polizei. Wir werden sie mit Phantasie und Engagement verstärkt fortsetzen. Empfindet der Bürger die Polizei als „seine Polizei“, dann sind wir auf dem richtigen Weg.

Die Gewerkschaft der Polizei leistet mit ihren öffentlichen Veranstaltungen einen wertvollen Beitrag zur Stärkung des Verhältnisses Bürger – Polizei.

In diesem Sinne wünsche ich dem „3. Ball der Polizei“ ein gutes Gelingen sowie den Gästen unterhaltsame und fröhliche Stunden in unbeschwerter Atmosphäre. Den Organisatoren und allen Helfern sage ich ein herzliches Dankeschön.

*Annegret Kramp-Karrenbauer
Ministerin für
Inneres, Familie, Frauen und Sport*

Die Polizei ist deshalb viel mehr als der verlängerte Arm der Staatsmacht – die Polizei ist eine gesellschaftliche Kraft, die Maßstäbe setzt.



■ Liebe Gäste des diesjährigen Polizeiballs,

in St. Ingbert begrüße ich Sie sehr herzlich. Ich bin stolz und glücklich, dass die Gewerkschaft der Polizei es mittlerweile als Tradition bezeichnet, den Polizeiball in St. Ingbert stattfinden zu lassen. Ich denke, dass unsere Stadt sich diesen Stellenwert bei der GdP als guter Gastgeber zu Recht verdient hat und dass wir auch in Zukunft gute Spielstätte für diese Veranstaltung sein werden.

Wenn ich als Verwaltungschef über die Polizei spreche, so spreche ich über einen festen und verlässlichen Partner, mit dem wir gemeinsam ein Stück St. Ingbert gestalten und sichern. In einem Gemeinwe-

sen, in dem knapp vierzigtausend Menschen leben, gibt es die unterschiedlichsten Lebensweisen, die unterschiedlichsten Erwartungen, Ansprüche und Begehrlichkeiten. Das ist gut und richtig – aber es braucht eine Instanz, die gesellschaftliche Normen vorgibt und diese auch vorlebt. Die Polizei ist deshalb viel mehr als der verlängerte Arm der Staatsmacht – die Polizei ist eine gesellschaftliche Kraft, die Maßstäbe setzt.

Die St. Ingberter Polizei ist nicht nur als Behörde präsent, die St. Ingberter Beamtinnen und Beamten sind als Bürger in Uniform aktiv beteiligt an unserem öffentlichen Leben. Ich bin froh, dass die Polizei in St. Ingbert mitten in der Stadt teilnimmt an dem, was unser gesellschaftliches Le-

ben ausmacht, dass sie sich öffnet und ihre Arbeit transparent macht.

Genau so freut es mich, dass die Polizei in St. Ingbert feiert. Wenn eine Organisation selbstbewusst feiert, bedeutet dies, dass sie stark ist und dass sie dies auch offen zeigt. Die Polizei hat allen Grund, ihre gesellschaftliche Kraft zu zeigen. Sie ist ein wichtiger Teil unseres Lebens – und ich freue mich auf eine lange, gute Zusammenarbeit mit Ihnen allen!

Dem Ball der Gewerkschaft der Polizei wünsche ich einen guten Verlauf!

*Georg Jung
Oberbürgermeister*

Innere Sicherheit ist das wichtigste Bedürfnis der Menschen und das Rückgrat der Demokratie.



■ Spaß und Freude beim GdP-Polizeiball! Der Ball der GdP ist mittlerweile bereits eine feste Größe im gesellschaftlichen Veranstaltungskalender an der Saar. Beschäftigte der Polizei feiern zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern ein Fest – gibt es noch einen größeren Beweis für eine „Bürgerpolizei“, die fest in der Mitte der Gesellschaft verankert ist? Programm und Stimmung waren bereits bei den vergangenen Bällen Extraklasse. Deshalb kann

man auch 2005 in gespannter Erwartung nach St. Ingbert kommen. Der Polizeiball ist darüber hinaus auch ein Dankeschön ihrer Gewerkschaft der Polizei an die Polizeibeschäftigten für ihren außerordentlich wichtigen Dienst. Jüngste Gefährdungslagen beweisen leider allzu eindrucksvoll, dass Polizeiarbeit auch zukünftig hoch im Kurs stehen wird und sich über Nachfrage kaum zu beklagen haben wird. Innere Sicherheit ist das wichtigste

Bedürfnis der Menschen und das Rückgrat der Demokratie. Wenn die Polizei feiert, darf man ihr das deshalb von Herzen gönnen und möglichst mitfeiern. Ein paar schöne, unterhaltsame Stunden beim GdP-Polizeiball wünscht Ihnen

Ihr

Eugen Roth
Landesvorsitzender DGB Saar

Viele Menschen, ob in der Polizei oder außerhalb, fürchten um die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der zurückliegenden Jahre und Jahrzehnte.



■ Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste unseres diesjährigen Polizeiballs,

die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen sind nicht gerade einfach, so dass durchaus die Feststellung erlaubt sein dürfte, dass „die Zeiten besonders schwierig sind“.

Viele Menschen, ob in der Polizei oder außerhalb, fürchten um die wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der zurückliegenden Jahre und Jahrzehnte. Als Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei im Saarland wird man vermehrt mit Frustration und Resignation konfrontiert. Es zeigen sich sogar echte Zukunftsängste und Orientierungslosigkeit.

Dies sind eigentlich keine günstigen Rahmenbedingungen zum Feiern.

Andererseits benötigt der Mensch „Auszeiten“ vom Alltagsstress. Er braucht Erholung, um neue Kraft zur Bewältigung auch schwieriger Aufgaben zu schöpfen. Und er braucht die Gemeinsamkeit mit anderen, um in der Gemeinschaft die positiven Energien zu entwickeln, ohne die sich der berühmte „Blick nach vorne“ nur schwer realisieren ließe.

Einmal ohne Alltagsorgen unbeschwert mit Freunden und Bekannten feiern, dabei auch andere Menschen kennen lernen und neue Freunde gewinnen, gleichzeitig das gute Verhältnis der Saarländerinnen und Saarländer zu ihrer Polizei festigen und

vertiefen, das sind natürlich auch die wichtigen Aufgaben, die unser Bürger-Polizei-Fest erfüllen soll.

Die Gäste unseres Polizeiballes werden erfahren, dass natürlich auch die kulinarischen Genüsse nicht zu kurz kommen und ein tolles Rahmenprogramm geboten wird.

Kurzum: Wir garantieren, dass es ein tolles Bürger-Polizei-Fest im Jahre 2005 werden wird.

In diesem Sinne
Herzlich willkommen

Hugo Müller
Landesvorsitzender GdP Saarland

SICHERHEITSKONZEPT des Polizeibezirks Saarbrücken Land

„Polizei geht gegen Vandalismus vor - Krawallmachern auf die Füße treten“

Es wird warm, die Freiluft-Saison beginnt - und mit ihr startet die Polizei des Bezirks Saarbrücken-Land eine neue Runde ihres Sicherheitskonzepts. Damit will sie, salopp gesagt, Krawallmachern und Vandalen auf die Füße treten und so Straftaten und Ordnungswidrigkeiten vorbeugen.

Kommt die warme Jahreszeit und mit ihr ein Ärgernis und Ursache hunderter Ersuchen an die Polizei: Jugendliche, die sich in Gruppen zusammenschließen, sich auf öffentlichen Plätzen aufspielen, Spaziergänger anpöbeln, Alkohol trinken, die Anlagen vermüllen, Sachen kaputt schlagen, vereinzelt auch handgreiflich gegenüber Passanten werden. Einzelne Gruppen tragen ihre Rivalitäten unverhohlen in der Öffentlichkeit aus und machen der Bevölkerung Angst.

„Nicht mit uns“, sagt die Polizei im Bezirk Saarbrücken-Land und setzt dem Treiben ihr Konzept „Sicherheitsinitiative 2005“ entgegen. Wichtigstes Ziel ist es, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung durch mehr Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit zu steigern, sowie Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zu verhindern. Nicht, dass die Polizei andernorts nichts derglei-

chen für die Sicherheit unternähme. Sie setzt dem Phänomen bloß nicht überall ein System mit solch hoher Priorität entgegen wie der Bezirk Saarbrücken-Land. Die „Sicherheitsinitiative“ hat sich seit 2002 in ihren Grundzügen bewährt und ist nun verfeinert worden. Früher hieß das Konzept „Konzeption Vandalismus und gewaltbereite Jugendliche“.

Start des Ganzen ist in der „Hexennacht“ zum 1. Mai. Dann will die Polizei „ein Zeichen setzen“. Das heißt, dass sich die Polizei an allen so genannten szenetypischen Treffpunkten von Gruppen zeigt. Diese Örtlichkeiten werden in den folgenden Monaten ständig beobachtet und angefahren, auch ohne konkreten Anlass. Die Polizei unterscheidet dabei zwischen spo-



TAG „Olson“. 19-mal aufgesprüht. Hierdurch entstand ein Schaden im fünfstelligen Bereich
Foto PI Völklingen

radischen und „brisanten“ Treffs. Letztere werden im Sommer täglich, sogar mehrmals täglich aufgesucht. Und manche verlieren dadurch rasch ihren Reiz und verschwinden von der Liste. Gerade dieses regelmäßige, in der Polizeisprache „anlassunabhängig“ bezeichnete Aufsuchen von Treffs entfaltet erfahrungsgemäß Wirkung auf die zu besänftigende Zielgruppe. Hinzu kommt Polizeipräsenz bei Stadt- und Dorffesten, Kirmestreiben und sonstigen Veranstaltungen mit hohem Publikumsinteresse. Die Polizei will potenzielle Störer früh ansprechen („Gefährderansprachen“) und durch Personalienfeststellungen aus der Anonymität holen. Weitere Mittel sind Platzverweise und konsequentes Verfolgen von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, bis hin zur Kon-

trolle von knatternden Mopeds. Um es umgangssprachlich zu benennen: Die Polizei tritt jungen Krawallmachern regelrecht auf die Füße. Allerdings will die Polizei keine „Null-Toleranz-Strategie“ gegenüber jedem und allem verfolgen. Härte und Konsequenz in der Sache, also die „klare Linie“ sollen sein, als wünschenswert gilt aber gleichermaßen ein respektvoller, ausgeglichener Kontakt zu den jungen Leuten. Man muss nämlich auch bedenken, dass sich die große Mehrzahl junger Leute in der Öffentlichkeit unauffällig benimmt. Es gehört maßgeblich zum Einsatzkonzept, einen Ausgleich zwischen den berechtigten Interessen von Anwohnern und Jugendgruppen zu erreichen. Grundsätzlich hat ja auch jedermann ein Aufenthaltsrecht in der Öffentlichkeit.

Die volle Härte des Gesetzes führt erfahrungsgemäß nicht immer zum Erfolg. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Wer beim Zertrümmern von Flaschen erwischt wird, und das sind in jedem Sommer Dutzende, kriegt schon einmal Besen und Schippe in die Hand gedrückt und kann die Angelegenheit aus der Welt schaffen, ohne dass er sozusagen zum Kriminalfall wird. Es gilt aufzupassen, dass die Polizei im Eifer des Gefechts gegen den Vandalismus nicht überzieht. Auch die Bevölkerung soll manchmal Toleranz gegenüber den jungen Leuten, die sich in der Mehrzahl gut verhalten, zeigen. Die Polizei macht aber immer wieder die Erfahrung, dass sie schon gerufen wird, wenn drei Leute zusammenstehen. In der Wahrnehmung manch überkorrekten Bürgers gilt dies schon als „zusammenrotten“.

Die Konzeption kommentierte Peter Wagner von der Saarbrücker Zeitung so:

„Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten, das ist rasch gefordert, aber nicht leicht zu haben. So verlockend die Vorstellung für den Ruhe suchenden Grundstücksbesitzer sein mag, aber Jugendgruppen lassen sich nicht schon deshalb fortschicken, weil sie jung, zahlreich und auch hin und wieder frech und laut sind. Von der Polizei ist also ein sensibler Einsatz ihrer Mittel zu wünschen. Gegen Gewalt und Beschädigungen hart vorzugehen – dagegen wird aber keiner was haben.“



TAG T.I.E. + TEASER. Dieses TAG war auf vielen öffentlichen und privaten Gebäuden angebracht. Die Schadenssumme belief sich auf einen sehr hohen fünfstelligen Betrag. Foto: PI Völklingen

JUGENDOFFENSIVE MERZIG

Ein Projekt in der Kreisstadt Merzig in Zusammenarbeit mit dem Polizeibezirk Merzig-Wadern

zusammengefasst von Armin Stengel, PB Merzig-Wadern

Ein Thema, das in der fachlichen Diskussion wie auch in der Bevölkerung eine immer größere Aufmerksamkeit erfährt, ist die zunehmende Gewaltbereitschaft sowie jegliche Form von Extremismus bei jungen Menschen.

Eine Verschärfung erfährt diese Problematik durch die Zuwanderung von Aussiedler- und Ausländerfamilien.

Diese Bevölkerungsgruppe besitzt größtenteils andere soziokulturelle Hintergründe, Sozialisationserfahrungen und Wertesysteme.

Vor allem die zweite und dritte Generation der Zuwanderungsfamilien hat erhebliche Probleme, sich im neuen Umfeld zu rechtzufinden.

Es gibt in der jüngeren Vergangenheit deutliche Alarmzeichen, die auf eine vorhandene Problemlage hindeuten:

- **Exzessiver Konsum von Alkohol und anderen Drogen**
- **Tendenz zu erhöhter Gewaltbereitschaft und krimineller Auffälligkeit**
- **Hinweise auf schulische Negativkarrieren und massive Schulverweigerung**
- **Absonderungseffekte in der Wohnbevölkerung (zw. Einheimischen und Zugewanderten)**
- **Negative Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation, besonders für Niedrigqualifizierte**

Im Feld der professionellen wie ehrenamtlichen Jugendarbeit ist daher die Entwicklung von angemessenen Strategien äußerst wichtig.

Dabei ist der Bereich der Prävention von erheblicher Bedeutung.

Seit mehreren Jahren arbeitet die Saarländische Fachhochschule für Verwaltung – Fachbereich Polizeivollzugsdienst – an einem neuen Weiterbildungskonzept, welches darauf abzielt, den Präventionsgedanken in der polizeilichen Arbeit zu stärken.

Bislang wurden dazu zwei Fortbildungsveranstaltungen zum Thema „Gewaltprävention“ für Polizeibeamtinnen und -beamte der Saarländischen Polizei durchgeführt.

Aufbauend auf diesen beiden Veranstaltungen wurde nun das Projekt „Gewaltprävention im lokalen Netzwerk“ gestartet, um die Prävention im Bereich der Jugendgewalt auszubauen.

Als Projektstandort wurde die Kreisstadt Merzig ausgewählt.

Das Projekt wird von der Trägergemeinschaft Polizeibezirksinspektion Merzig, der Kreisstadt Merzig, der Fachhochschule der Verwaltung (Fachbereich Polizeivollzugsdienst) und der Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftliche Forschung und Weiterbildung (ASW) an der Uni Trier durchgeführt.

Ziele des Projektes sind:

- **Vernetzung der lokalen Kooperationspartner**
- **Schaffung einer Plattform für den gemeinsamen Erfahrungsaustausch**
- **Abstimmung von Maßnahmen und Angeboten**
- **Erarbeitung von Beiträgen zur Gestaltung von positiven Lebenschancen für Jugendliche**
- **Initiierung von Begegnungen von einheimischen und zugewanderten Jugendlichen, um eine Integration nachhaltig zu unterstützen.**

Das Projekt wird von Frau Dr. Erbeltinger und Herr Dr. Wetzstein vom ASW der Uni Trier wissenschaftlich begleitet.

Zur Koordination der Aktivitäten wurde in der PBI Merzig eine eigene Projektgeschäftsstelle eingerichtet.

Das Projekt wurde am 23. September 2004 im Großen Sitzungssaal des Rathaus Merzig einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Im weiteren Verlauf des Projektes fand nun im Januar 2005 ein zweitägiger „Start-up-Workshop“ statt.

Ziel des Workshops war die Entwicklung und Unterstützung konkreter Projektvorhaben, wobei insbesondere andere Kooperationspartner aus dem örtlichen Umfeld wie z.B. Schulen, Ämter, Unternehmen etc. mitwirken sollten.

Grundlage für die erfolgreiche Umsetzung des Projektes war zunächst eine umfassende Bestandsaufnahme der Angebots- und Leistungspalette der beteiligten Kooperationspartner.

Zugleich wurde deutlich, dass auch eine erhebliche Verkürzung der Informations- und Kommunikationswege, orientiert an den Bedürfnissen der Praxis, unabdingbar erforderlich ist.

Dieser grundlegenden Forderung konnte als erstes Ergebnis des Projektes nunmehr durch die Erstellung eines sog. Kataloges („Beratungskompass“) Rechnung getragen werden.

Er soll dazu dienen, Transparenz über Angebote und Leistungsmöglichkeiten „rund um die Gewaltprävention“ herzustellen und Informations- und Kommunikationswege der Kooperationspartner zu erleichtern. In der Übersicht sind verschiedene Themenstichpunkte aufgeführt, zu denen dann die entsprechenden Beratungsstellen aufgeführt sind. Hier können sowohl Hilfsorganisationen und Kooperationspartner als auch Hilfesuchende An-

sprechpartner zur Problemlösung finden. Dieser Datenpool wird von der Geschäftsstelle des Projektes regelmäßig aktualisiert.

Als weiteres Ergebnis wurden neben dem „Beratungskompass“ vier Schwerpunktthemen herausgearbeitet, die im Laufe des Jahres 2005 umgesetzt werden sollen:

Schaffung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen bei Unternehmen der Stadt Merzig.

Einrichtung einer „Elternschule“ – die Eltern ausländischer Jugendliche sollen in die Lage versetzt werden, ihrem Erziehungsauftrag gerecht zu werden.

Einrichtung von „Teamstreifen“ – diese setzen sich aus Mitarbeitern verschiedener Organisationen und Institutionen zusammen und sollen Ansprechpartner für die Jugendlichen sein.

Schaffung eines „Kreativ-Angebotes“ – hierdurch soll den Jugendlichen die Möglichkeit geboten werden, sich über ihre Zukunftschancen klar zu werden.

Mit der konkreten Umsetzung der o.g. Teilprojekte soll in der 2. Jahreshälfte 2005 begonnen werden.

Zu Jahresbeginn 2006 sollen die hieraus resultierenden Ergebnisse der aufgeführten Präventionsmaßnahmen der Öffentlichkeit durch die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Uni Trier präsentiert werden. Gefördert wird die Initiative über das Bundesprogramm „LOS“ (Lokales Kapital für soziale Zwecke) aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds.

Das Mikroprojekt „Gewaltprävention im lokalen Netzwerk Merzig“ – jetzt „Jugendoffensive Merzig“ wird gefördert vom Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds. Bei Fragen zu dem Förderprogramm LOS wenden Sie sich bitte an Peter Wilhelm, Landratsamt Merzig-Wadern, Tel. 06861-80165.

Der „Beratungskompass der Jugendoffensive Merzig“ präsentiert sich momentan in Schriftform und im Internet als Webseite unter der Adresse:

www.beratungskompass-merzig.de

ProKidS Neunkirchen e. V.

Editorial

Wenn Väter ihre Kinder gewähren lassen und sich vor ihnen geradezu fürchten,

Wenn Söhne ohne Erfahrung handeln wollen, wie die Väter, sich nichts sagen lassen, um selbständig zu erscheinen,

Wenn Lehrer, statt ihre Schüler mit sicherer Hand auf den rechten Weg zu führen, sich vor ihnen fürchten und stauen, dass ihre Schüler sie verachten,

Wenn sich die Unerfahrenen den älteren Erfahrenen gleichstellen, und in Wort und Taten gegen sie auftreten, die Alten sich aber um die Jungen setzen und versuchen, sich ihnen gefällig zu machen, indem sie Ungehörigkeiten übersehen oder gar daran teilnehmen, damit sie nicht als vergeist oder autoritätsgierig erscheinen,

Wenn auf diese Weise verführte Jugend aufsässig wird, sofern man ihr auch nur den mindesten Zwang auferlegen will, weil niemand sie lehrte, die Gesetze zu achten, ohne die keine Gemeinschaft leben kann...

dann ist Vorsicht geboten: Dieser Weg droht in die Tyrannei zu führen...

(Quelle: Plato - Griechischer Philosoph)

Die Forderung Maßnahmen gegen die steigende Jugendkriminalität (insbesondere gegen Gewalt an Schulen) einzuleiten, wurde auch auf dem Landesdelegiertentag der GdP-Saar 1994 in St. Ingbert erhoben.

Dies veranlasste den damaligen Kreisgruppenvorsitzenden der GdP Gernot Müller in seinem Zuständigkeitsbereich in Neunkirchen die Thematik anzupacken! Er gründete zum Schuljahresbeginn 1994/

95 mit seiner Dienstgruppe E das Projekt Kooperation „Polizei und Schule“ an der Hauptschule Steinwald in Neunkirchen, aus dem im Jahr 2003 schließlich der gemeinnützige Verein „Präventionsofferte Kinder in der Schule (ProKidS Neunkirchen e. V.)“ entstand, dessen 1. Vorsitzender er wurde.

In den bisher 11 Schuljahren entstand nach und nach ein Konzept, das mittlerweile an

Jugendkriminalität im Saarland um acht Prozent gestiegen

Es ist unbestritten, dass derzeit in Deutschland überall die Kriminalitätsraten steigen, und auch das Saarland macht da keine Ausnahme. Große Sorgen macht dabei vor allem die größer werdende Zahl straffälliger Jugendlicher.

Im vergangenen Jahr wurden so 7121 Tatverdächtige unter 21 Jahren ermittelt. Das sind bereits 530 mehr als noch im Jahr zuvor. Für diesen zahlenmäßigen Anstieg verantwortlich sind gemäß der Statistik vornehmlich die Eigentumsdelikte, also Diebstähle. Das „Einkaufen“ in Geschäften ist aber sicherlich kein Kavaliersdelikt, „denn die Zahlen zeigen eindeutig, dass Entkriminalisierung von Ladendiebstählen nicht der richtige Weg sein kann“, so die saarländische Innenministerin A. Kramp-Karrenbauer. „Ladendiebstahl ist kriminell und muss es auch in Zukunft bleiben.“ Aber weshalb lassen die Jugendlichen im Saarland öfter einmal Sachen so einfach mitgehen? Ein Grund dafür könnte die mangelnde Integration mancher jungen Menschen sein. Und gerade auch deshalb ist es zwingend notwendig, alle möglichen präventiven Maßnahmen vom Elternhaus über die Schule bis hin zu den Kriminalitäts-Beiräten auszuschöpfen.

Aber es gibt auch eine erfreuliche Seite in der Kriminalitätsstatistik. Gewaltkriminalität, wie etwa Raub oder Körperverletzung, ist im Jahr 2000 zurückgegangen. Allerdings können sich solche Tatsachen, wie die Erfahrung lehrt, auch sehr schnell wieder ändern. ■

(Quelle: Saarbrücker Zeitung, 22.02.2001)

zwei Erweiterten Realschulen mit drei Standorten in Neunkirchen zeitgleich umgesetzt wird.

Die Arbeit von ProKids Neunkirchen ist im Internet unter

www.Prokids-Neunkirchen.de

einzu sehen. Nachfolgend wird ein kurzer Auszug der Internetpräsentation publiziert:

Projektbeschreibung

Häufig wird die Frage gestellt „Was heißt ProKids eigentlich?“. Dies lässt sich in einem Satz natürlich nicht beschreiben, denn ProKids, ursprünglich als Projekt begonnen und zur Initiative weiterentwickelt, ist mittlerweile zu einem komplexen Präventionsnetzwerk zusammengewachsen. Jeder einzelne Baustein an sich ist so wichtig, dass man ihn nicht vernachlässigen darf.

Um jedoch eine kurze Antwort auf die oben gestellte Frage geben zu können, wurden der Grundgedanke und Kern von ProKids in der folgenden Kurzdefinition zusammengefasst:

Die Präventionsofferte Kinder in der Schule Neunkirchen e.V. (ProKids Neunkirchen e.V.) versteht Präventionsarbeit als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Unterschiedlichste Organisationen, Institutionen, Vereine, Privatpersonen und Firmen bilden ein Netzwerk, das praktisches Lernen und Erleben am Vormittag mit individuellen Freizeitangeboten am Nachmittag sinnvoll ergänzt.

Hohe Flexibilität gewährleistet sowohl allgemeine Schwerpunktbildung als auch punktuelle Problembehandlung. Wertevermittlung, Bildung und Beratung mit hohem Praxisanteil stehen im Vordergrund. Alle Kooperationspartner bleiben autark und sollen sich in dem Gesamtkonzept wieder finden.

Ziele / Ansätze

Zielgruppe

Kinder und Jugendliche der Klassen 5 - 10 aus dem Landkreis Neunkirchen.

Situativer Präventionsansatz

Reduzierung von Tatgelegenheiten und Sensibilisierung potenzieller Opfer durch:

- Vertrauensbildende Maßnahmen
- Entwicklung von Problemlösungsstrategien
- Wertevermittlung und Bildung
- Verhinderung von Defiziten in der Persönlichkeitsentwicklung
- Motivationsanreize

Gesamtgesellschaftlicher Ansatz

- Enge Zusammenarbeit von Schule, Polizei und anderen
- Steigerung des Selbstwertgefühls durch Erlangung sozialer Kompetenz in der Gruppe
- Schaffung sinnvoller Freizeitangebote
- Beratung
- Aufbrechen alter Strukturen

Sozialer Präventionsansatz

Prävention von Jugenddelinquenz:

- Gewalt an Schulen (Körperverletzungen, Beleidigungen)
- Eigentumsdelikte (Ladendiebstahl, Sachbeschädigungen)
- Drogenkriminalität
- Ausländerfeindlichkeit

Steigerung der Verkehrssicherheit:

- Schulung der Fünftklässer im sicheren Busfahren
- Einsatz von Busbegleitern

Die Jugend im Visier von Polizei und Staatsanwälten

Kommentar von Wolfgang Ihl

Da reibt man sich verblüfft die Augen, rechnet nach und kann das Ergebnis kaum fassen. Etwa 45000 junge Menschen zwischen 14 und 21 Jahren leben im Saarland. Und dann das: Nach der aktuellen Statistik der Saar-Staatsanwälte gab es im Jahr 2002 rund 9200 Ermittlungsverfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende wegen des Verdachts möglicher Straftaten. Rein statistisch gesehen bedeute dies, dass etwa jeder Fünfte aus der Riege der jungen Leute ein Ermittlungsverfahren am Bein haben müsste. Mit steigender Tendenz. Das macht Sorge. Auch wenn es sich größtenteils „nur“ um Delikte wie Diebstahl, Sachbeschädigung, Körperverletzung, Drogenbesitz und Ähnliches handelt. Also um klassische Jugenddelikte, die sich meist mit dem Älterwerden quasi auswachsen. Trotzdem: Wenn man erst einmal da angekommen ist, wo das Saarland jetzt steht, dann reicht der Erwachsenen-Spruch „früher waren wir ja auch nicht so ohne, trotzdem sind wir was geworden“ als Erklärung nicht mehr aus. Auch mit dem häufig beschworenen „Ausloten von Grenzen in jungen Jahren“ hat das nichts mehr zu tun. Hier zeigt sich vielmehr, dass gerade die Jugend ein Spiegelbild unserer sozialen Verhältnisse ist. Mehr soziale Kälte sowie Perspektiv- und Chancenlosigkeit sind der Nährboden für Kriminalität. Fehlende Betreuungs- und Freizeitangebote sowie eine auf das Nötigste beschränkte praktische Jugendpolitik verstärken diesen Trend.

Diese Ursachen der Jugendkriminalität sind schon seit Jahrzehnten bekannt, ebenso wie die Ansatzpunkte für die notwendigen Veränderungen. Motto: Jeden Euro, den wir heute für gute Jugendpolitik ausgeben, sparen wir morgen doppelt und dreifach bei der Strafverfolgung. Das Ziel ist also klar. Es muss aber endlich auch angegangen werden. Schnell!

(Quelle: Saarbrücker Zeitung, 25.02.2003)

- Multiplikation dieser Aktionen durch Vorträge bei anderen Verkehrsbetrieben
- Die Busschule und der Einsatz von Busbegleitern wird mittlerweile auf Initiative des Kultusministeriums in Kooperation mit allen saarländischen Verkehrsbetrieben landesweit angeboten.

Konzept

Zu Beginn des Schuljahres 2002 / 2003 traf sich die Projektleitung zur Erstellung eines einheitlichen Konzeptes für ProKidS, das seit dem umgesetzt wird. Im Schuljahr 2003/2004 wurde das Konzept geändert und ergänzt.

Klasse 5:

- Aktion: „Sicheres Busfahren“ mit der NVG Neunkirchen
- Vertrauensbildende Maßnahmen:
- Besuch der Polizei Neunkirchen mit Besichtigung und Gesprächsrunde

Klasse 6:

- Behandlung der Broschüren „Happy birthday Opa“ - Ladendiebstahl - (1. Halbjahr) und „Christian & Co“ - Gewaltdelikte - (2. Halbjahr)

Klasse 7:

- Häusliche Gewalt - Frauenhaus Neunkirchen
- Behandlung der Broschüre „Der Neue“ (Gewalt an Schulen)

Klasse 8:

Schwerpunkt „Suchtprävention“-Vorträge von Fred Loch (Alkohol), dem Landeskriminalamt und dem Schaumberger Hof mit in Therapie befindlichen Drogenabhängigen, der örtlich zuständigen Drogenberatungsstelle „Die Brigg“ sowie Besuch einer Gerichtsverhandlung (i.d.R. mit Drogenbezug) und Vortrag des Leiters der JVA Ottweiler (evtl. mit Teilnahme eines Strafgefangenen)



Klasse 9:

Projekt „EIGENTUM ACHTEN“ (WUTANG) im Kaufhof Neunkirchen bzw. im E-Center Wellesweiler

Klasse 10:

- Täter - Opfer - Ausgleich durch den Sozialdienst der Justiz
- Verkehrsprävention durch einen Verkehrserzieher der Polizei

darüber hinaus

- **Ausbildung und Einsatz von Mediatoren**
- **Ausbildung und Einsatz von Busbegleitern**
- **Schulzuführungen (nach FAX-Ersuchen der Schule) durch die Polizei**
- **Anlassbezogene Gespräche durch Polizeibeamte**
- **Elternabende (alle Elternvertreter der Schulen werden zu einem Elternabend eingeladen)**

- **Sinnvolle Freizeitgestaltung (Nachmittags-AG's)**
- **Schwerpunktarbeit am Nachmittag:**
- **Coolness-/Antiaggressions-training**

Seit Dezember 2003 werden an den beiden Kooperationsschulen, finanziert durch den Verein ProKidS Neunkirchen e.V., zielgerichtete Coolness-/und Antiaggressions-Trainingskurse angeboten. Damit werden, nach Rücksprache mit den Eltern, vor allem verhaltensauffällige Schüler angesprochen, um diese wieder in die Schulgemeinschaft zu integrieren und einen eventuell drohenden Schulausschluss zu verhindern. Das Training wird durch die Mitarbeiter des Hospitals St. Wendel, Christoph Dostert und Francois Hainka, durchgeführt.

Seit September 2004 findet das Coolness-training im Rahmen des Projektes „Eule contra Pavian“ statt und wird in der Zoo-Schule umgesetzt.



Sicheres Busfahren will gelernt sein und muss daher trainiert werden.

Foto PBI Neunkirchen

Eule contra Pavian

Am 6. September 2004 starteten wiederum vier Schülergruppen mit je 15 Schülern ihre Arbeit im Zoo. Um die Gruppen besser betreuen zu können, wurde noch ein zweiter Betreuer engagiert.

Wegen der großen Nachfrage an beiden Schulen wechseln die Gruppen im sechswöchigen Rhythmus.

Das besondere in diesem Schuljahr: Erstmals läuft die Zoo-AG unter dem Projekt „Eule contra Pavian“.

(Die Eule als Sinnbild für Weisheit und Vernunft steht hier dem Pavian gegenüber, der sich gerne schlägt und zu den weniger intelligenten Tieren zählt).

Die Schüler beider Partnerschulen sollen den Nutzen ihrer Arbeiten erkennen und damit gleichzeitig lernen, sorgsamer mit

ihrer Umwelt umzugehen. Projektziele sind darüber hinaus: Soziales Lernen, Steigerung des Selbstwertgefühls, Aufbrechen sozialer Strukturen und Reduzierung von Tatgelegenheiten.

Zur Belohnung haben die Schüler die Gelegenheit, ausgesuchte Tierarten aus der Nähe zu betrachten und unter Umständen auch zu streicheln und zu füttern, was anderen Zoobesuchern verwehrt bleibt. Auch ein gemeinsames Grillfest und eine Zoorallye dienen als Ansporn für die Schüler, sich an den Arbeiten zu beteiligen.

Das um einige Bausteine ergänzte Konzept der Zoo-AG wurde bei der Ausschreibung „5000 x ZUKUNFT“ der Aktion Mensch eingereicht und konnte überzeugen. So bekam man als Starthilfe von der Aktion Mensch einen finanziellen Zuschuss.

Die Erweiterung der Zoo-AG sieht wie folgt aus: Zusätzlich zu den bisherigen Gruppen wird im laufenden Schuljahr auch ein Antiaggressions- und Coolness-training für ausgewählte Schüler beider Realschulen im Zoo durchgeführt.

Eine weitere Gruppe wird sich mit Hilfe ehrenamtlicher Helfer um die Renovierung der Räumlichkeiten der Zoo-Schule kümmern, die dann den Teilnehmern der Zoo-AG zur Verfügung stehen werden.



Die „Kids“ der Zoo-AG

Foto PBI Neunkirchen



Gruppenfoto der Zoo-AG (Eule contra Pavian)

Foto PBI Neunkirchen

Die Winterzeit wird unter anderem mit Bastelarbeiten in der Zoo-Schule überbrückt. Bei diesen Arbeiten entstand die Idee, einen Laternenumzug im Zoo durchzuführen, der am zweiten Adventssonntag (05.12.04) gegen 17.30 Uhr zahlreiche Besucher anzog. Dieser fand am 18. und 19. Dezember anlässlich des Zoo-Weihnachtsmarktes seine Fortsetzung.

Sinnvolle Freizeitgestaltung (Reduzierung von Tatgelegenheiten)

Jedes Jahr werden individuelle Arbeitsgemeinschaften angeboten: z. B. : AG Sport, Tanzen, Fitness, Rotes Kreuz, Zoo, Boxen, Kunst, Theater Keramik etc.



Gemeinsam gehts leichter

Foto PBI Neunkirchen

Kooperationspartner

Polizeibezirksinspektion Neunkirchen
 Erweiterte Realschulen
 Neunkirchen Stadtmitte (Freiherr-vom-Stein- und Lutherschule)
 Alex-Deutsch-Schule (Wellesweiler und Steinwald)
 Kriminalitätsbeirat der Stadt Neunkirchen
 Landkreis Neunkirchen
 Frauenhaus Neunkirchen
 Landeskriminalamt Saarbrücken
 Therapiezentrum Schaumberger Hof, Tholey
 Freundeskreis für Suchtkranke HOM – Fred Loch
 Die Brigg - Drogenberatungsstelle der Caritas
 Amtsgerichte Neunkirchen und Saarbrücken
 Sozialdienst der Justiz
 Justizvollzugsanstalt Ottweiler
 Verkehrswacht Neunkirchen
 Evangelisches Jugendwerk SB und Evangelisches Jugendreferat NK, Frau Ute Benz und Frau Zuda-Tietjen
 Tanzschule Esser (Bahnhof Neunkirchen)
 Rotes Kreuz
 Kaufhof Neunkirchen
 E-Center Wellesweiler
 Neunkircher Verkehrs AG (NVG)

Copy World Neunkirchen (Inhaber: Achim Steffes)
 Presse (SZ, Stadtanzeiger, Wochenspiegel, es Heftche)
 Saarländischer Rundfunk (SR1 + SR2 + SR3 / Aktueller Bericht)
 Fitnessstudio AC1 Neunkirchen
 Detektei Cimen
 Zoo Neunkirchen
 Wolfgang Wagner, Alsweiler (Mediator + Zoo AG)
 Christoph Wahlen-Krupp,
 Claudia Dausend,
 Marc André Müller
 Hospital St. Wendel
 Netzwerk Entwicklungspolitik Saar e.V.
 Guttempler - Einsicht Neunkirchen
 Phönix e.V. (Neunkirchen)

Gemeinsam sind wir stark!

Öffentlichkeitsarbeit

1998: Gemeinsames Schulfest
 1998: Podiumsdiskussion im Saarparkcenter

2000: Ministerpräsident Peter Müller informiert sich über ProKidS
 2001: Saarländischer Rundfunk: Aktueller Bericht vom 13.03. über „WU TANG“
 2001: Kriminalitätsbeirat Sulzbach (Schwerpunkt: Sicheres Busfahren/Busbegleiter)
 2001: SPD Stadtratsfraktion St. Ingbert (Busbegleiter)
 2001: Podiumsdiskussion des CDU-Stadtverbandes St. Wendel
 2002: Schulzentrum Aulendorf in Baden Württemberg (zusammen mit der NVG)
 2002: FHS-Polizei (Seminar zum Kriminalfachlehrgang)
 2002: FHS-Polizei (Kriminalprävention in saarländischen Kommunen)
 2002: 2. Sitzung der Regionalkommission „Interregionale Kriminalprävention“ in Merzig
 2003: Radiobeitrag über die Aktion Sicheres Busfahren/Busbegleiter auf SR3 am 23.01.
 2003: Radiobeitrag über die Idee von ProKidS auf SR3 am 11.02.
 2003: Sondersendung „FEATURE“ über ProKidS am 04.04.03 auf SR2
 2003: Vorstellung von ProKidS bei Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer im Mai
 2003: Die SPD-Kreistagsfraktion Olpe

(NRW) informiert sich am 30.05. im Rathaus über ProKidS

2003: FHS Polizei (Am 13.11. Workshop der Beauftragten für Jugendsacharbeit)

2003: FHS Polizei (Am 15.12. Fortbildungsveranstaltung „Praxis im Dialog – Wissenschaft trifft Erfahrungswissen“ zum Thema „Gewalt in der Gesellschaft“)

2004: Vorstellung von ProKidS im Studientseminar Fachbereich Deutsch an der Gesamtschule Rastbachtal in Saarbrücken (15.01.04)

2004: Elternabend im Bürgerhaus Neunkirchen: Gemeinsam sind wir stark (02.03.04)

2004: Vorstellung des Projekts am „Gymnasium am Steinwald“ in Neunkirchen

2004: Vorstellung von „ProKidS“ in den Kriminalitätsbeiräten in Merchweiler und in Schiffweiler

2004: Veranstaltung der Kriminalitätsbeiräte des Landkreises Neunkirchen im Saarpark-Center in Neunkirchen (01.-03.07.04)

2004: Vorstellung des Gesamtkonzepts am Gymnasium am Steinwald

2004: Vorstellung des Gesamtkonzepts bei einer Schulleiterdienstbesprechung aller saarländischen ERS-Schulleiter

2004: FHS Polizei Seminar für Jugendsacharbeiter

2004: 10 Jahre ProKidS mit Bilderausstellung und Grußworten von Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und Oberbürgermeister Friedrich Decker im Neunkircher Rathaus.

Erfolge/Preise:

Goldener Floh 2000
(3. Platz - Landesebene)

SZ-Saarlandonline 2000
(Landesebene)

Hertiestiftung 2001
(5. Platz - Bundesebene)

Bundespräventionspreis 2001
(Thema: **Gemeinsam Eigentum achten**) – WU TANG

1. Platz Landesebene
1. Platz Bundesebene

Goldener Floh 2002 –
Sonderpreis der SZ



Bundessieger 2001 - ein toller Erfolg

Ansprechpartner:

Polizeibezirksinspektion
Neunkirchen

Falkenstraße 11
66538 Neunkirchen
Tel.: 06821 / 203 281
Gernot Müller

Erweiterte Realschule Neunkirchen
Stadtmitte

Standort: Lutherschule
Lutherstraße
66538 Neunkirchen
Tel.: 06821 / 99 97 10
Schulleiter: Dieter Schön
Luise Jakob

Alex-Deutsch-Schule
Wellesweiler

Pestalozzistraße
66540 Wellesweiler
Tel.: 06821 / 9 40 90
Schulleiter: Arno Schley
Konrektorin: Friederike Simon
Stefanie Urschel

Standort: Freiherr-vom-Stein-Schule
Freiherr-vom-Stein-Straße 6
66540 Wiebelskirchen
Tel.: 06821 / 9 51 79 60
Konrektor: Manfred Dörrenbächer
Manfred von Kannen

Im Internet detailliert dargestellt unter:

www.ProKidS-Neunkirchen.de

HÄUSLICHE GEWALT

Häusliche Gewalt – ein Thema, das in den letzten Jahren immer stärker in der Öffentlichkeit steht. Lange Zeit wurde diese Art der Gewalt als private Angelegenheit der Betroffenen angesehen, da der Tatort die eigene Wohnung und der Täter/Täterin der/die Lebenspartner/Lebenspartnerin war. Eine repräsentative Untersuchung in Deutschland hat ergeben, dass ca. 25 % der Frauen zwischen 16 und 85 Jahren ein- oder mehrmals körperliche Gewalt durch ihren Lebenspartner erfahren haben. Auch Männer werden Opfer – allerdings in weitaus geringerem Maße. Betroffen sind alle Bildungs- und Einkommensschichten, Altersgruppen, Nationalitäten, Religionen und Kulturen. Häusliche Gewalt entsteht nicht – wie z.B. eine Wirtshauschlägerei – aus einer konkreten Situation heraus, vielmehr ist sie Ausdruck eines Macht- und Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Täter und Opfer. Es handelt sich auch nicht um sporadische emotionale Ausbrüche, sondern um ein System von Gewalt und Unterdrückung. Strafrechtlich betrachtet kommen eine Vielzahl unterschiedlicher Straftaten in Betracht, die u.a. von Körperverletzung, Sachbeschädigung, Nötigung, bis hin zum vollendeten Tötungsdelikt reichen.

In der Polizei hat sich, bezüglich der Bearbeitung in Fällen häuslicher Gewalt, einiges verändert.

Im Nachfolgenden soll einmal aufgezeigt werden, wie die Entwicklung vonstatten ging und welche Änderungen eingetreten sind.

Im Dezember 1999 erstellte die Bundesregierung einen Aktionsplan zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen. Ein Maßnahmenbündel stellt das Gewaltschutzgesetz (GewSchG) dar, das 2002 in Kraft trat und die zivilrechtlichen Möglichkeiten der Opfer verbessert.

Die Rechtsetzung alleine reicht für eine wirksame Bekämpfung häuslicher Gewalt aber nicht aus. Es müssen Voraussetzungen für eine opferorientierte Intervention geschaffen und die Effizienz der Maßnahmen durch Verzahnung und systematische Kooperation aller beteiligten staatlichen und nicht staatlichen Organisationen gesteigert werden.

Der Landtag des Saarlandes hat im Januar 2000 ein ressortübergreifendes Bündnis konstituiert, das 2001 einen saarländischen Aktionsplan entwickelt hat.

Zentrale Ziele sind:

- die gesellschaftliche Ächtung häuslicher Gewalt
- die Verbesserung der Prävention und Schutz vor Gewalt

- die staatliche Sanktionierung dieser Gewalt durch frühzeitige und konsequente Anwendung des geltenden Rechts.

Inhaltlicher Schwerpunkt dieses Aktionsplanes ist die Entwicklung einer effektiven und systematischen Kooperation aller mit der Gewaltproblematik befassten Stellen. Im Januar 2002 wurde die Koordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt im Justizministerium eingerichtet. Deren Aufgabe ist die Abstimmung und Optimierung der Interventionen aller im Bereich häuslicher Gewalt tätigen Institutionen wie Polizei, Staatsanwaltschaft, Zivil- und Strafgerichte, Frauenhäuser, Beratungsstellen, Jugend- und Sozialämter. Ziel ihrer Arbeit ist die Bekämpfung häuslicher Gewalt zu verbessern und hierdurch eine Optimierung des Schutzes und der Sicherheit der Opfer zu erzielen.

Interventionsebene Polizei

Eine wichtige Aufgabe der Polizei ist, dafür Sorge zu tragen, dass Menschen in Sicherheit, frei und ohne Angst leben können. Sicherheit und Geborgenheit sucht der Mensch vor allem in der Familie und der partnerschaftlichen Beziehung. Der häusliche Bereich ist nicht frei von Gewalt. Um solide Daten über Umfang und Struktur Häuslicher Gewalt im Saarland sowie Erkenntnisse über Defizite und Schwach-

stellen der polizeilichen Intervention zu erfahren und Lösungsansätze aufzuzeigen, wurde im Polizeibezirk Saarlouis ein Projekt über neun Monate durchgeführt. Erkenntnisse und Ergebnisse dieser Projektarbeit führten dazu, dass am 01.02.2004 ein Maßnahmenpaket in der saarländischen Polizei umgesetzt wurde.

Hierzu zählen:

- Herausgabe einer Handlungsrichtlinie unter Federführung der Koordinierungsstelle für die Bearbeitung von Fällen häuslicher Gewalt
- Sachbearbeitung in den Kriminaldiensten durch Schwerpunktsachbearbeiter
- Wegfall der Bearbeitung im „Vereinfachten Verfahren“.

Des Weiteren wurden und werden in der Aus- und Fortbildung Seminare „Häusliche Gewalt“ angeboten.

Ebene Justiz/Staatsanwaltschaft

Bei der Staatsanwaltschaft Saarbrücken wurde ein Sonderdezernat „Häusliche Gewalt“ eingerichtet. Im Rahmen der Ausbildung werden alle saarländische Rechtsreferendare/Rechtsreferendarinnen themenspezifisch beschult.

Seitens des Sozialdienstes der Justiz wurde der Täter-Opfer-Ausgleich in Fällen häuslicher Gewalt novelliert.

Änderung der Rechtslage:

Im Juni 2004 wurde das Saarländische Polizeigesetz geändert. Demnach ist die Vollzugspolizei für die Wohnungsverweigerung/Rückkehrverbot originär zuständig. Ein Störer kann bis zu 10 Tage aus der Wohnung verwiesen und ihm die Rückkehr untersagt werden. Die Option zur Verlängerung um weitere 10 Tage besteht. Das Opfer kann die Zeit zur Inanspruchnahme von psychosozialer Unterstützung und rechtlicher Beratung nutzen. Die Zeit dient auch dazu, dass das Opfer die Möglichkeit hat zivilrechtlichen Schutz (nach dem GewSchG) einzuholen. Die Richtlinien im Straf- und Bußgeldverfahren (RiStBV) wurde dahin gehend ge-

ändert, dass für die Durchführung eines Strafverfahrens in Fällen häuslicher Gewalt es keine Verfahrensvoraussetzung mehr ist, ob die Geschädigte einen Strafantrag stellt.

Im Januar 2002 wurde das GewSchG eingeführt, das die zivilrechtlichen Belange des Opfer stärkt. Ein Verstoß gegen das GewSchG ist strafbewehrt.

Hilfeeinrichtungen für die Opfer:

Die Opfer haben die Möglichkeit sich direkt bei den Beratungsstellen zu informieren. Von der Koordinierungsstelle wurde eine Informationsbroschüre herausgege-

ben, in der die Möglichkeiten des Gewaltschutzgesetzes aufgezeigt werden. In der Handlungsrichtlinie für Polizeibeamte sind die Kontaktadressen von Frauenhäusern, Beratungsstellen für Migrantinnen, Ehe- und Lebensberatungsstellen, Telefonnummern der Kommunalen Frauenbeauftragten, Ansprechpartner Weißer Ring und Sozialdienst der Justiz, aufgelistet. Abschließend bleibt festzuhalten, dass in Bezug auf Opferunterstützung in den letzten Jahren viel verändert wurde und die positive Resonanz der Opfer zeigt, dass man hier auf dem richtigen Weg ist.

Danksagung



www.VDPolizei.de

**VIELEN
DANK!**

Liebe Inserenten!

Mit der Beteiligung in der Festschrift anlässlich unseres Polizeiballs haben Sie uns sehr geholfen. Wir danken Ihnen dafür sehr herzlich!

Liebe Leser!

Alle Inserate dieser Festschrift verdienen Ihre Aufmerksamkeit. Bitte berücksichtigen Sie diese Unternehmen bevorzugt bei Ihrer nächsten Disposition.

Ihre

Gewerkschaft der Polizei
Polizeisozialwerk Saarland

10 Jahre Kontaktpolizei

bei der Polizeibezirksinspektion Saarbrücken-St. Johann als ein Modell gemeinwesenorientierter – bürgernahe Polizei-



Patrick Siegwart, PBI SB-St.Johann

Entstehungsgeschichte

Die Ballung von Randständigen in bundesdeutschen Innenstädten ist seit den 90er Jahren auch in Saarbrücken ein gesellschaftliches Problem von zunehmender Brisanz. Die Ursachen dieser Erscheinungen sind komplex und ein eigenes Themenfeld. Die Beschreibung dieses Phänomens, das mittlerweile auch in andere saarländische Kommunen Einzug gehalten hat, lautete in einer Untersuchung des deutschen Städtetages wie folgt: „Belagern stark frequentierter Straßenteile, Lagern auf Bänken bei fortlaufendem Genuss von Alkohol, einhergehend mit lautem Singen und Gegröhle, körpernahes und/oder aggressives Betteln, Beleidigung von Passanten, Verschmutzungen des öffentlichen Raumes, Geschäftseingängen, Passagen durch Abfall, Kot und Urin“. Für unsere Gesellschaft sind Sauberkeit und Ordnung immer noch eine wichtige Vorbedingung für die öffentliche Sicherheit und unerlässlich für ein gedeihliches Zusammenleben der Bürger. Sie sind bedeutsam für Wohn-

und Lebensqualität und die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt. Letztendlich sind Sicherheit und Ordnung aber auch eine Standortfrage und damit in Zeiten leerer kommunaler Kassen doppelt wichtig. Bemühungen um eine Aufwertung der Innenstädte werden allerdings konterkariert, wenn hier „soziale Randzonen bestehen, gekennzeichnet durch ein Straßenbild mit Graffiti- und Vandalismusschäden, durch Obdachlose, Punker, Suchtkranke, Straßenkids und Jugendgangs, die Bürger, Passanten und Besucher belästigen“. Gelegentlich spricht man vom „Kampf um die Innenstädte“. Umfrageergebnisse zeigen, das Vertrauen der Bevölkerung in die Problemlösungskompetenz staatlicher Institutionen schwindet und die Furcht der Bürger, Opfer eines Verbrechens zu werden, nimmt zu. Ergebnisse, die von der

Polizei als Signal für Fehlentwicklungen verstanden wurden und zu einer Neuorientierung polizeilicher Arbeit geführt haben.

Die Bürger erwarten, dass die Polizei auf ihre Ängste reagiert und die sie persönlich unmittelbar bedrohende Alltagskriminalität zurückgedrängt wird. Sie wollen insbesondere eine effiziente und bürgernahe Polizei.

Die Forderung nach einer effizienteren und insbesondere an den Bedürfnissen der Bürger orientierten Polizei ist durch Polizeiforschungsergebnisse wissenschaftlich belegt. Hierbei ist die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit eine Aufgabe, die alle Verantwortungsträger in Staat und Gesellschaft angeht; eine Vertrauenssache, an der sich die Glaubwürdigkeit der Poli-



Immer wieder beschwerten sich Anlieger und Passanten über die angeblich aggressive Betteln der Punker am St. Johanner Markt. Ob die „Bettelordnung“ nun wirklich die Lösung des Problems ist, wird sich herausstellen. Foto: Becker/Bredel

Zeitungsausschnitt aus der Saarbrücker Zeitung von 1995

1995 in Saarbrücken...



Kontaktpolizisten in der Saarbrücker Bahnhofstraße
Foto PBI SB-St.Johann

Gemeinwesenorientierung und Bürgernähe als Leitlinie des polizeilichen Aufgabenverständnisses

Durch die Konzentration auf die Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, die Zentralisierung von Dienststellen, einhergehend mit weiteren Faktoren, z.B. der zunehmenden Motorisierung der Polizei, entstand in Teilen der Bevölkerung der Eindruck zunehmender Distanz der Polizei zum Bürger. Unter den zielführenden Kriterien der Rückgewinnung der Bürgernähe und der Gemeinwesenorientierung wurde die Konzeption der

KOP in den folgenden Jahren fortgeschrieben. Sie zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass sie auf die speziellen Problemlagen eingehen kann bzw. sich den daraus resultierenden Erfordernissen anpasst. Einige wesentliche Bestimmungsfaktoren sind z.B. Szenenveränderungen (Drogen-, Methadon-, Punker- u. Obdachlosenszenen), die Kriminalitätslage (Trickdiebstähle Innenstadt, Einbruchsituation, Fahrraddiebstähle), politische Prädominanz (Aktion Fair-Play, ProPK), Programm Innere Sicherheit, Zielvereinbarungen, Erwartungshaltungen der Wache und insbesondere auch der Bürger und Gewerbetreibenden. Die vielseitigen Aufgaben der KOP lassen sich unter den folgenden Aufgabenschwerpunkten zusammenfassen.

Kontaktaufnahme, -pflege, qualifizierte Präsenz

Die Erhöhung der Präsenz ist ein Kernstück bei der Realisierung von Bürgernähe und hat zudem eine wesentliche Bedeutung bei der lokalen Verbesserung der subjektiven und objektiven Sicherheit. Präsenz versteht sich hier nicht nur als visuelle Wahrnehmung der Polizei im öffentlichen Raum, sondern zielt beispielsweise durch anlassunabhängige Kommunikati-

on primär auf dauerhaften Vertrauensaufbau in der Bevölkerung, um den Bürger auch als Partner in präventive und repressive Problemlösungsprozesse einzubeziehen. Aufgrund dieser ständigen Bemühungen kann das Entstehen neuer oder die Veränderungen bestehender Szenen (z.B. ums Drogenhilfeszentrum, Haschischszene Staatstheater, Obdachlosenszene Richard-Wagner-Straße, Methadonerszene Saargalerie, Randständigenszene St. Johanner Markt) regelmäßig frühzeitig erkannt und reagiert werden. Die daraus resultierenden Personenkenntnisse werden täglich von Polizeidienststellen aber auch von Staatsanwaltschaft und Gerichten abgefragt.

Vernetzung zuständiger Institutionen

Die Polizei steht als Problemlöser überwiegend kostenlos und rund um die Uhr zur Verfügung; sehr oft auch subsidiär in der Zuständigkeit anderer Behörden. Soforthilfe ist ein wesentliches Merkmal praktizierter Bürgernähe. Allerdings bedarf es über diese Soforthilfe hinaus oft struktureller Änderungen, will man eine längerfristige Lösung erreichen. Der Mitarbeit in Arbeitskreisen, Gesprächsrunden, „Runden Tischen“ und Bürgerinitiativen, sowie der Initiierung solcher Projekte zur Beteiligung der zuständigen Behörden, Institutionen, Gewerbetreibenden und engagierter Bürger kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu. So z.B. der Mitarbeit im Initiativkreis Wärmestube. Hier konnte mittlerweile ein Tagesaufenthalt für Randständige gefunden werden, der tagsüber 30 - 50 Personen einen Daueraufenthalt bietet, was zu einer spürbaren Verbesserung der Situation in der Innenstadt geführt hat und auch die Lebenssituation der Betroffenen deutlich verbessert hat. Im Ergebnis weniger spürbar, aber von großer Bedeutung, ist die Zusammenarbeit mit der Leitung des Drogenhilfeszentrums Brauerstraße (über 2000 Abhängige eingeschrieben). Durch regelmäßigen Informationsaustausch können hier die komplexen Wechsel- und Folgewirkungen, die durch den Betrieb des Zentrums entstehen frühzeitig erkannt und entsprechend reagiert

zei und Ordnungsbehörden direkt messen lässt.

1995 traten mehrere dieser Faktoren gleichzeitig ein. Neben einer regelmäßig auftretenden, teilweise offenen Drogenszene, erkor eine große Anzahl Punks den Brunnen des St. Johanner Marktes als ihr „Wohnzimmer“ und belagerte zeitweise Teile der Innenstadt. Bewohner und Gewerbetreibende artikulierten ihren Unmut, ihre Angst und ihre Verärgerung öffentlich. Aus kommunaler wie auch polizeilicher Sicht war ein schnelles Handeln gefordert. Aus dem Personalbestand der Polizeiinspektion Saarbrücken-Mitte wurden sechs Beamte freigesetzt. Unter Beteiligung der Dienstgruppenleiter wurde ein mit der Dienststellenleitung abgestimmtes Arbeitskonzept für den Bereich der Innenstadt vorgelegt. Die Organisationseinheit Kontaktpolizei (der Name ist hier Programm) war gegründet. Nachdem sich die Maßnahmen bewährt hatten, wurde die „Zuständigkeit“ der Kontaktpolizei auf den kompletten Inspektionsbereich erweitert und die Gruppe um drei Beamte/innen auf nun neun Beamte aufgestockt. Gleichzeitig wurde in der bisher unstrukturierten Gruppe eine Führungsstruktur eingerichtet.

werden. Zum Beispiel: zwangsläufige Bildung offener Szenen durch Personen die im Drogenhilfezentrum Hausverbot erhalten haben, Ablagerung von Spritzenmüll, Rückzug auf befriedete Besitztümer usw. Fast täglich werden hier Personen- und Szenekenntnisse an sachbearbeitende Dienststellen weitergeleitet oder entsprechende Anfragen beantwortet und damit die Durchführung weitergehender strafprozessualer Maßnahmen ermöglicht.

Präventionsarbeit

Im Rahmen der Präventionsarbeit werden vorgegebene Programme lokal umgesetzt und je nach Bedarf eigene entwickelt und durchgeführt. Zum Beispiel:

- **Streetballaktionen**

Basierend auf der bundesweiten Aktion „My Way - Fair Play“ mit Jugendzentren, Schulen und dem Referat „Kinder in der Stadt“ (Kids) der Landeshauptstadt Saarbrücken.

- **„Sicherheit für Senioren“**

In Anlehnung an die Empfehlungen von ProPK werden seit Jahren regelmäßig Seniorengruppen angesprochen und verhaltenspräventiv sensibilisiert.

- **„Sicherheitsberatung Einbruchschutz“**

Nach Bekanntwerden von Einbrüchen (im nicht gewerblichen Bereich) wird den Geschädigten eine kostenlose Beratung in sicherheitstechnischer Hinsicht angeboten, die in hohem Maß insbesondere auch von den Nachbarn der Geschädigten angenommen wird. (Die Beratungsmöglichkeit wird auch anderen interessierten Anwohnern angeboten).

- **„Aktion Sicherer Weihnachtseinkauf“**

Eine mehrwöchige Aktion, die in Zusammenarbeit mit dem Kriminaldienst Saarbrücken und Gewerbetreibenden jährlich in den verschiedenen Einkaufsbereichen schwerpunktmäßig durchgeführt wird und bisher erfolgreich auf die Reduzierung von Handtaschen- und Trickdiebstählen abzielt.

- **„Aktion Schulschwänzer“**

Ziel dieser Aktion ist es nicht, wie gerne missverstanden wird „Schulschwänzer“ zu suchen und der Schule zuzuführen. Ziel ist, Kinder und Jugendliche, die offensichtlich dem Schulbesuch ferngeblieben sind anzusprechen und ihre Personalien zu erfragen.

Die Information, dass sie dem Schulbesuch ferngeblieben sind und insbesondere, wo sie sich zu diesem Zeitpunkt aufgehalten haben werden den Verantwortlichen, d.h. Schule und Elternhaus mitgeteilt, um diese überhaupt erst in die Lage zu versetzen, entsprechend reagieren zu können. Es war zunächst nicht bekannt, inwieweit dieses Problem überhaupt besteht bzw. in welcher Dimension es vorliegt. Deshalb war die erste Phase im Prinzip als Evaluationsphase ausgelegt, um mit den daraus zu erwartenden Erkenntnissen die entsprechenden Verantwortlichen wie Schule und Elternhaus in die Lage zu versetzen, reagieren zu können. In dieser kurzen Evaluationsphase wurden in der Innenstadt 120! Schüler festgestellt, die der Schule ohne Erlaubnis bzw. Kenntnis der Eltern ferngeblieben waren. Eltern und Schule wurden hierüber in Kenntnis gesetzt. Ausnahmslos wurde positiv auf die Mitteilungen der Polizei reagiert. In mehreren Fällen wurden gröbliche Verletzungen der elterlichen Fürsorge und Aufsichtspflicht festgestellt und dem Jugendamt mitgeteilt. Ein in diesem Zusammenhang eingeleitetes Strafverfahren (Az Sta Sbr. 3 Js 297/05) endete mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung gegen den Erziehungspflichtigen (AG Sbr. 9-196/05). Die Entscheidung in einem weiteren Verfahren steht noch aus.

- **Opferschutz bei Verkehrsunfällen mit schwerverletzten Personen**

Die Opferschutzverantwortlichen der PBI Sbr.-St. Johann, der PI Sbr.-Burbach und der PI Alt-Saarbrücken setzen seit 2004 die Konzeption zur Durchführung von Opfer-



Die Kontaktpolizei im Gespräch mit „Randgruppen“ Foto PBI SB-St. Johann

schutzmaßnahmen im Rahmen der Verkehrsunfallaufnahme und Verkehrsunfallsachbearbeitung um. Die Konzeption erfasst nur Schwerstunfälle bzw. Unfälle mit tödlich verletzten Personen. Die davon Betroffenen reagierten ausnahmslos überaus positiv. Derzeit wird geprüft, inwieweit es personell möglich ist, diese positiven Erfahrungen auch auf die „weniger schweren Verkehrsunfälle“ auszudehnen. Die im Opferschutz erfahrenen Beamten der Kontaktpolizei werden dann die erforderlichen Opferschutzmaßnahmen bei allen Verkehrsunfällen durchführen, bei denen Verletzte stationär behandelt werden müssen.

- **Opferberatung/-betreuung**

Die normierten Aufgaben der Polizei, Gefahren für die öffentliche Sicherheit abzuwehren, sowie Straftaten zu verhindern und aufzuklären, führen zu einer starken Orientierung des Personalansatzes an konkreten Gefahren, und strafprozessualen Erfordernissen. Dies führt oft zu erheblichen Differenzen zwischen den Erwartungen und Wünschen der Bürger und der tatsächlichen Aufgabenwahrnehmung durch die Polizei.

Empirischen Untersuchungen zufolge wollen die Opfer von Straftaten zwar durchaus eine Regelung dieser Konflikte durch die Polizei, allerdings nicht unbedingt eine mit den Maßnahmen des Strafrechts. Ihnen geht es vorrangig um akute Hilfe, ggf. um die Abwicklung der finanziellen Probleme und um die Bestätigung, dass ihnen etwas Außergewöhnliches widerfahren ist. Die situative Unterstützung



„Nachtskaten“ in Saarbrücken, begleitet von den Cops
Foto PBI SB-St.Johann

der Opfer, die vor allem von der Schutzpolizei zu leisten ist, ist somit von besonderer Bedeutung. Schon bevor der Opferschutz 2002 offiziell in die Organisation Polizei Eingang fand wurde strukturiert (seit 1997), zunächst schwerpunktmäßig nach Wohnungseinbrüchen, Kontakt mit dem Opfer gesucht und Hilfe angeboten. Diese Hilfe versteht sich nicht als psychosoziale Beratung, sondern vielmehr als Hilfe bei Bedrohungssituationen, moralische Unterstützung, Hilfe bei der Einleitung zur Schadensregulierung und zur Wiederbeschaffung von Gütern, Hilfe bei der Durchsetzung von Ansprüchen, zum Beispiel nach dem Opferschutz- und Opferentschädigungsgesetz und insbesondere die Weitervermittlung an Hilfseinrichtungen wie z.B. den Weißen Ring, den Psycho-Sozialen-Dienst beim Stadtverband, Beratungsstellen, Notruftelefone oder an andere caritative Einrichtungen. Diese Bemühungen wurden 2001 in einer bezirksweiten Konzeption zur Unterstützung und Beratung von Kriminalitätsoffern für den Polizeibezirk Saarbrücken-Stadt zusammengeführt und werden seither bezirkswweit umgesetzt. Zur Beseitigung der damit zwangsläufig verbundenen Schnittstellenproblematik (örtliche Zuständigkeit der drei Inspektionen; sachliche Zuständigkeit des Kriminaldienstes) wird diese Konzeption derzeit von den vier Opferschutzverantwortlichen weiterentwickelt.

● Bewältigung von Einsätzen

Die Kontaktpolizei ist in das Einsatzgeschehen der PBI Sbr.-St.Johann voll einge-

bunden. Entweder gemäß ihrer Verwendungsart im Bereich der taktischen Öffentlichkeitsarbeit, als Verbindungs- oder Deeskalationsbeamte oder aber ganz konventionell selbständig oder mit Unterstützung zur Bewältigung von Einsatzlagen wie z.B. Skater-Paraden, Skate-Day's, Christopher-Street-Day, Montagsdemos, Abi-Paraden, Nauwieser Fest usw. (ca. 50 Einsätze jährlich! ohne die wöchentlichen Montagsdemos).

● Öffentlichkeitsarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen

Der Öffentlichkeitsarbeit kommt zur effektiven Aufgabenerfüllung eine besondere Bedeutung zu. Sie wird je nach Aufgabensituation eigenverantwortlich oder einsatzbegleitend durchgeführt. Hier wird beispielsweise an Veranstaltungen wie: Landesseniorentagen, Velo-Tag, „Molschder-Jugendwahn“, verkaufsoffenen Sonntagen, mitgewirkt.

Einen Unterfall der Öffentlichkeitsarbeit stellen vertrauensbildende Maßnahmen dar. Sie beinhalten in der Regel die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in Kindergärten, Schulen oder anlässlich von Besichtigungen der Dienststelle.

● Voraussetzungen zur bürgernahen Polizeiarbeit

Eine der Voraussetzungen zur bürgernahen Polizeiarbeit ist ein „Wandel des Verständnisses polizeilicher Arbeit in unserer Organisation“. Sicherlich eine schwierige Herausforderung, denn es gilt den in Großorganisationen traditionellen Widerstand gegen Veränderungen zu überwinden und verständliche Skepsis in Identifikation mit dem Leitbild verstärkter Bürgernähe umzuwandeln. Das polizeiliche Aufgabenverständnis im Sinne von mehr Dienstleistung für den Bürger setzt eine verbesserte Kommunikationsfähigkeit des Einzelnen voraus. Voraussetzungen bü-

gernahe Polizeiarbeit beim Beamten sind daher:

- das Beherrschen kommunikativer Fähigkeiten,
- die Kenntnis und Anwendung von Konfliktlösungsstrategien,
- die Offenheit für Opferbetreuung,
- die Einsicht, dass „Zeit nehmen“ für den Bürger – langfristig gesehen – effizienter ist, als Schnelligkeit und Hektik,
- die Bereitschaft, neue Wege in der inner- und außerbehördlichen Zusammenarbeit unter Berücksichtigung lokaler Strukturen zu gehen,
- die Bereitschaft zum Tragen eines Namensschildes
- die Bereitschaft zur Fortbildung generell aber auch externe Fort- u. Weiterbildungsmöglichkeiten zu nutzen.

Methoden und Maßnahmen zur Verstärkung von Bürgernähe sind z.B.

Jeder Polizeibeamte soll Kommunikationsgelegenheiten suchen und nutzen. Das Tragen eines Namensschildes begünstigt und erleichtert die individuelle Ansprechbarkeit.

Grundsätzlich sind alle Polizeibeamten für den Bürger zuständig (einen bloßen Verweis auf die Zuständigkeit anderer Dienststellen darf es nicht geben).

Jeder Polizeibeamte prägt durch die Art und Weise seiner Bürgerkontakte und seines Erscheinungsbildes das Ansehen der Polizei unmittelbar, maßgeblich und nachhaltig.

Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit im örtlichen Bereich, je nach Sach- oder Problemlage.

Die Einrichtung der Kontaktpolizei bei der Polizeiinspektion Saarbrücken-Mitte hatte 1995 Modellcharakter für das Saarland. Insofern fand sie in der Öffentlichkeit von Anbeginn eine entsprechende Beachtung. Ihre Arbeit wurde und wird vom Bürger, aber auch von den Medien, der Kommunalpolitik und -verwaltung, sowie von den sozialen Diensten äußerst positiv bewertet.

Ähnliche, auf die jeweiligen Verhältnisse abgestimmte Konzepte, wurden nach und nach auch in vielen anderen Dienststellen eingerichtet.

Initiative „Sicherer Bahnhof“ gestartet

Gemeinsam für mehr Sicherheit und Sauberkeit am Bahnhof St. Wendel

„Gegenüber anderen vergleichbaren städtischen Bahnhöfen ist die objektive Sicherheitslage zwar nicht besorgniserregend, dennoch gilt es vorzubeugen, um vor allem das Sicherheitsgefühl der Nutzer und Anlieger zu stärken“, so der Leiter der Bundesgrenzschutzinspektion Saarbrücken, Polizeioberrat Peter Rempis und der Leiter des Polizeibezirks St. Wendel, Polizeioberrat Harald Jenal. BGS und Polizei verzeichnen in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres für den Bereich Bahnhof und Bahnhofsumfeld St. Wendel 18 Delikte wie Sachbeschädigung durch Farbschmierereien, Zerstörungen und Verunreinigungen, Körperverletzung sowie fünf Fälle des so genannten „Abrippens“ von Schülern durch Mitschüler oder Gleichaltrige, was sich strafrechtlich als Raub oder räuberische Erpressung darstellt.

Für die Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung im Bahnhof und Bahnhofsumfeld sind verschiedene Stellen zuständig. Im Rahmen eines zunächst auf drei Monate angelegten Modellprojekts ziehen deshalb ab sofort die Deutsche Bahn Station & Service AG, der für die bahnpolizeilichen Aufgaben zuständige Bundesgrenzschutz, die Polizeibezirksinspektion St. Wendel und das Ordnungsamt der Kreisstadt mit seinen Sicherheitskräften noch stärker an einem Strang. Auf der Grundlage einer heute unterzeichneten Vereinbarung werden sie intensiver und systematischer innerhalb ihrer jeweiligen gesetzlichen Zuständigkeiten und Befugnisse zusammenarbeiten.

Die Kooperationspartner verstärken ihre regelmäßigen Kontrollen und sind bei Bedarf auch gemeinsam unterwegs. Dazu tauschen sie zeitnah Informationen über

Probleme oder Missstände aus, erarbeiten ein gemeinsames Lagebild und entwickeln daraus aufeinander abgestimmte Maßnahmen. „So können Straftaten und Ordnungswidrigkeiten durch Bundesgrenzschutz und Polizei noch konsequenter und effektiver verfolgt und Randalierern u.a. Platzverweise erteilt werden“ meinen die beiden Polizei-Chefs.

Für Fragen der Sicherheit von Fahrgästen, der Sauberkeit und des Services des Bahnhofs sowie der dazu gehörenden Bahnanlagen ist die Deutsche Bahn Station & Service AG mit ihrer sog. 3-S-Zentrale (Service, Sicherheit, Sauberkeit) rund um die Uhr als Ansprechpartner erreichbar. „Wir sprechen gegen Randalierer im Wiederholungsfall Hausverbote aus und informieren darüber unsere Partner“, so der Sicherheitsmanager Edmund Stein vom Bahnhofsmanagement Saarbrücken. Bürgermeister Klaus Bouillon begrüßt die gemeinsame Sicherheitspartnerschaft. Vor

kurzem zog er eine erste positive Bilanz über den Einsatz des von ihm beauftragten privaten Sicherheitsdienstes im Kernstadtbereich zur Unterstützung der Aufgaben seines Ordnungsamtes. Dabei hat er bereits auf die Ausdehnung der Kontrollmaßnahmen auf den Bahnhof hingewiesen. „Mit der Initiative erfolgt nunmehr eine Vernetzung der bestehenden Ordnungspartnerschaft „Für eine sichere und saubere Stadt“ zwischen Kreisstadt und Polizei mit der Arbeit des Bundesgrenzschutzes und der Deutschen Bahn Station & Service AG“, so der Verwaltungschef. „Diese kommt gerade rechtzeitig zu unserem überregional bekannten und gut besuchten Weihnachtsmarkt. Wenn es neben dem zu erwartenden Sicherheitsgewinn auch gelingen wird, das Erscheinungsbild des Bahnhofs als Eingangstor zur Stadt nachhaltig zu verbessern, dann können wir alle sehr zufrieden sein. „Im Erfolgsfall soll das Projekt dauerhaft weitergeführt werden.“



Der Bahnhof in St. Wendel

Foto Dirk Schnubel

POLIZEILICHE KRIMINALPRÄVENTION

Kriminalprävention gehört zu den wichtigsten polizeilichen und gesamtgesellschaftlichen Aufgaben. Denn es ist in jedem Fall besser Straftaten zu verhindern, als sie zu verfolgen und zu bestrafen. Die Kriminalitätsentwicklung lässt sich aber nur dann positiv beeinflussen, wenn die Bevölkerung aktiv mitwirkt. Insofern wird durch dieses Thema das Motto unseres Polizeiballs „Polizei für Bürger – Bürger für Polizei“ abgerundet. Jede Polizeibeamtin und jeder Polizeibeamte sollte daher bereit und befähigt sein, den Bürgerinnen und Bürgern einfache Hinweise zu geben, wie sie sich selbst vor Straftaten schützen können. Im Nachgang werden einige willkürlich ausgesuchte Deliktsfelder und die dazugehörigen Handlungsanleitungen aufgezeigt.

Diese Handlungsanleitungen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ersetzen keinesfalls das persönliche Gespräch, die persönliche Beratung mit den Polizistinnen und Polizisten der Heimatdienststellen bzw. den (Kriminal-)Polizeilichen Beratungsstellen.

Eigentumsdelikte

Ein sehr großes und umfangreiches Gebiet sind in diesem Zusammenhang die so genannten Eigentumsdelikte. Ob Einbrüche in Wohnräume, in Wochenend- und Sommerhäuser (Gartenlauben), Trickdiebstähle und -betrug in der Wohnung, sog. Haustürgeschäfte, Zeitschriftenwerber, Arbeiten an Haus und Wohnung, Diebstähle an, aus und von Kraftfahrzeugen, Fahrrad-diebstähle, Taschendiebstähle, Diebstähle und Betrug am Urlaubsort, Ladendiebstähle usw., Gefahren können überall lauern, besondere Vor- und Umsicht ist daher allerorts geboten.

So sollten beispielsweise grundsätzlich alle Wertsachen ohne Individualnummer selbst individuell und dauerhaft gekennzeichnet werden.

Wertsachen sollten, wenn möglich mit einem Foto, in einer Wertsachenliste erfasst werden.

Eine solche Wertsachenliste kann sich jeder unter www.polizei-beratung.de herunterladen.

Wertsachen nicht offen herumliegen lassen, Sparbücher, Schecks, Schmuck und Bargeld nicht in einer Kassette, sondern in einem versteckt eingebauten und fest verankerten oder eingemauerten Wertbehälter aufbewahren.

Ein sehr sicherer Aufbewahrungsort ist ein Bankschließfach.

Nach einem Diebstahl sofort die Polizei benachrichtigen, fahndungsg geeignete Daten bekannt geben.

Über Sicherung und Kennzeichnung von Wertsachen informieren die (Kriminal-) Polizeilichen Beratungsstellen.

Wohnungseinbrüche

Ein Einbruch in den eigenen vier Wänden bedeutet für viele Menschen, ob jung oder alt, einen großen Schock. Dabei macht den Betroffenen die Verletzung der Privatsphäre, das verloren gegangene Sicherheitsgefühl oder auch schwerwiegende psychische Folgen, die nach einem Einbruch auftreten können, häufig mehr zu schafen als der rein materielle Schaden.

Dass man sich davor schützen kann, zeigt die Erfahrung der Polizei. Über ein Drittel

der Einbrüche bleibt im Versuchsstadium stecken, nicht zuletzt wegen sicherungstechnischer Einrichtungen.

Die nachfolgenden Informationen sollen Tipps und Ratschläge geben, wie man sich und sein Eigentum wirkungsvoll schützen kann.

Auch hier kann die Aufzählung von Verhaltensmustern, technischen Sicherungsmaßnahmen pp nicht vollständig sein.

So sollten:

- Türen auch bei nur kurzfristigem Verlassen nicht nur bloß ins Schloss ziehen, sondern immer zweimal abschließen.
- Fenster, Balkon- und Terrassentüren auch bei kurzfristiger Abwesenheit abschließen.

Beachte: Gekippte Fenster sind offene Fenster und von einem Einbrecher leicht zu öffnen.

- Rollläden nur nachts geschlossen halten, um nicht tagsüber Abwesenheit zu signalisieren.
- Hinweise auf Leerstand vermeiden (ungeleerter Briefkasten, ständig heruntergelassene Rollläden, Mitteilung auf Anrufbeantworter pp).
- Bei längerer Abwesenheit den Nachbarn einbinden (Briefkasten leeren, Rollläden hoch und runterlassen pp.)

Die möglichen mechanischen Sicherungen sind sehr umfangreich und erfordern Fachwissen. Nehmen Sie daher die Fachberatung durch die Polizei in Anspruch, die auch bei Ihnen zu Hause durchgeführt wird.

Rohheitsdelikte

Ängste und Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung sind angesichts ständiger Berichterstattung in den Medien, die solche Straftaten natürlich genüsslich ausweiden, nur zu verständlich. Sie sind subjektiv begründet, objektiv aber kaum gerechtfertigt. Die Häufigkeit solcher Straftaten liegt bei uns unter dem Durchschnitt vergleichbarer Industrienationen. Gleichwohl sollte man bei diesen Straftaten grundsätzlich folgendes beachten:

- Ich helfe, ohne mich selbst in Gefahr zu bringen.
- Ich fordere andere aktiv und direkt zur Mithilfe auf.
- Ich beobachte genau und präge mir Tätermerkmale ein.
- Ich organisiere Hilfe unter Notruf 110.
- Ich kümmere mich um Opfer.
- Ich stelle mich als Zeuge zur Verfügung.
- Als Opfer in der Öffentlichkeit Zeugen die Situation deutlich machen, Umstehende ausdrücklich um Hilfe bitten.
- Anscheinend kompetente Zeugen um konkrete Handlungen („rufen Sie doch die Polizei!“) bitten.

Vermögensdelikte

Auch hier handelt es sich um ein Deliktsfeld mit unterschiedlichsten Ausprägungen.

So ist Falschgeld nach Medienberichten auf dem Vormarsch und wer es annimmt und zu spät erkennt ist in mehrfacher Hinsicht geschädigt. Er ist verpflichtet es der zuständigen Behörde abzuliefern und erhält keine Entschädigung. Gibt er es weiter macht er sich strafbar. Daher ist grundsätzlich Vorsicht geboten. Bewusstes

Verdeutlichen der Sicherheitsmerkmale, die im Grunde jeder erkennen und überprüfen kann, machen es Falschgeldhändlern schwer.

Bei so genannten „Kaffeefahrten“ werden vor allem ältere Bürgerinnen und Bürger gerne über den Tisch gezogen. Busreise, Verpflegung und Unterhaltung werden meist supergünstig angeboten. Die Fahrt dient in der Regel jedoch nur dazu, meist qualitativ minderwertige Ware zu über- teuerten Preisen an den Mann/die Frau zu bringen. Bei solchen Käufen bietet das Widerrufsrecht zumindest innerhalb von 14 Tagen einen gewissen Schutz.

Grundsätzlich gilt aber bei solchen Fahrten:

- Nicht zum Kauf verpflichtet fühlen.
- Nichts unterschreiben, was nicht verstanden wurde.
- Auf Datum und Unterschriften bei Verträgen achten.
- Eine deutlich lesbare Vertragsdurchschrift fordern.

Vorsicht ist auch geboten bei Inseraten, bei Heimarbeit oder Nebenverdiensten durch Inserate, ebenso bei Kredit- oder Geldanlageninseraten. Das „schnelle Geld“ lässt sich damit in der Regel nicht verdienen, im Gegenteil, oft werden finanzielle Vorleistungen gefordert. Daher auch hier. VORSICHT! Sich bei amtlichen Stellen erkundigen bzw. polizeiliche Beratung vor einer Entscheidung zu Hilfe ziehen.

EC-Karten und Kreditkarten

Diese so genannten „bargeldlosen Zahlungsmittel“ sind mittlerweile weltweit sehr verbreitet, ebenso auch die Kriminalität, die damit verbunden ist.

Auch wenn Kredit- oder EC-Karten kein Bargeld im eigentlichen Sinn darstellen, sollten sie aber so wie Bargeld behandelt werden.

Dies bedeutet:

- Immer in verschlossenen Taschen dicht am Körper tragen.
- Die Persönliche Identifikations-Nummer

(PIN) auch wirklich geheim halten (auswendig lernen!).

● An Kassenautomaten nicht ausspähen lassen, wobei viele Geschäfte, Tankstellen pp keinerlei technische oder räumliche Vorkehrungen gegen das Ausspähen treffen. Im Zweifelsfall die Geschäftsführung auf die unzureichende Installation des Eingabeterminals ansprechen und gegebenenfalls lieber mit Bargeld bezahlen.

● Diebstähle unverzüglich der Polizei und dem zentralen Sperrannahmedienst melden.

Zentrale Notrufnummer

Vom kommerziellen Anbieter Sperr e. v. wurde seit dem 1. Juli 2005 die 116 116 (für Anrufe aus dem deutschen Inland, gebührenfrei) bzw. 0049 116 116 (für Anrufe aus dem Ausland, gebührenpflichtig je nach dem für ein internationales Gespräch nach Deutschland gültigen Tarif) eingerichtet. Bislang existieren aber in Deutschland allein für das Sperren von EC- und Kreditkarten mehr als 100 Servicenummern – hoffentlich schließen sich möglichst viele Anbieter jetzt dem zentralen Sperrnotruf 116 116 an, der früher bereits unter der Tel. Nr. 030/40504050 erreichbar war.

Solange dies (noch) nicht der Fall ist (im Internet unter www.sperrnotruf.de nachsehen) können Sperrungen von EC- oder Kreditkarten oder von Mobilfunkkarten beim jeweiligen Herausgeber durch Anruf folgender Telefonnummern veranlasst werden:

Scheck- und Mobilfunkkarten:

EC-Karte: 01805/021021

Euro-, Visa-, Mastercard: 069/79331910

Diners Club: 069/66166123

Citibank-Kreditkarte: 01803/6176179

American Express-Card: 069/97971000

Barclays-Kreditkarte: 040/89099226

Mobilfunkkarten:

T-D1: 01803/302202

Vodafone: 0800/1721212

E-Plus: 0177/1000

O 2: 01805/436466

O 2: 0179/55222

Risiken im Internet

Home- oder Internetbanking

Mit der Verbreitung des Internets in den Haushalten hat auch die Überweisung vom heimischen PC zugenommen – und damit die Gefahr, dass die Zugangsdaten, in der Regel eine PIN und TAN, auf unterschiedlichste Art und Weise ausgespäht werden.

Daher gilt hier:

PIN und TAN immer getrennt aufbewahren

Als PIN eine Kombination aus Buchstaben und Zahlen wählen und wenn möglich gar nicht notieren

Die Zugangsdaten nicht auf dem PC speichern

Kontobewegungen regelmäßig kontrollieren

Aktuelle Virenschutzprogramme und „Firewalls“ auf dem PC installieren

Internetversteigerungen

Hier soll derjenige, der den Zuschlag erhalten hat, per Vorkasse Kaufpreis, Porto und Verpackung an das Unternehmen, den Verkäufer zahlen.

Betrügerische Anbieter liefern vorausbezahlte Ware überhaupt nicht oder nur zum Teil, minderwertig oder mangelhaft

Hier gilt:

Angebot genau prüfen und mit dem örtlichen Handel vergleichen

Wenn möglich Lieferung auf Rechnung vereinbaren

Bei Vorkasse Bonität des Anbieters prüfen

Viele Deliktsfelder wurden hier noch gar nicht angesprochen

Mit diesem Ausschnitt aus dem Präventionsprogramm soll auch und vor allem eines erreicht werden!

Ihr Interesse soll geweckt werden, sich intensiver mit der Materie zu befassen. Nehmen Sie, wenn Sie unsicher sind, ruhig die Polizeiliche Präventionsberatung in Anspruch.

Informieren Sie sich anhand der Medienliste (siehe links o. nächste Seite) oder im Internet unter:

www.polizei-beratung.de

Quellen:

Handlungsanleitung Polizeiliche Kriminalprävention

Homepage:

www.polizei-beratung.de

Themenbrochure „So schützen Sie Ihr Kind“ Thematisiert werden die Lebensbereiche, in denen Kinder und Jugendliche – als Täter oder Opfer – mit Kriminalität konfrontiert werden können. (56 S.)	Themenfaltblatt „So schützen Sie Ihr Kind“ Das Faltblatt „Wo hin gehst du?“ fasst die Informationen der Themenbrochure in komprimierter Form auf 10 Seiten zusammen.	Themenbrochure „So vermitteln Sie Ihrem Kind Medienkompetenz“ Dieser Band gibt wertvolle Tipps, wie Kindern und Jugendlichen der richtige Umgang mit verschiedenen Medien vermittelt werden kann. (44 S.)			
Themenbrochure „So schützen Sie Ihr Kind vor Gewalt“ Woher kommt die Gewalt bei Kindern und Jugendlichen? Und welche Folgen hat sie? Dieser Band informiert fachkundig und gibt wichtige Tipps zur Vorbeugung. (44 S.)	Themenfaltblatt „So schützen Sie Ihr Kind vor Gewalt“ Das Faltblatt „Wege aus der Gewalt“ fasst die Informationen der Themenbrochure in komprimierter Form auf 10 Seiten zusammen.	Themenbrochure „So schützen Sie Ihr Kind vor Drogen“ Diese Broschüre bietet eine umfassende Einführung in Ursachen und Folgen des Konsums legaler und illegaler Drogen. (44 S.)	Themenfaltblatt „So schützen Sie Ihr Kind vor Drogen“ Das Faltblatt „Sehn-Sucht“ fasst die Informationen der Themenbrochure in komprimierter Form auf 10 Seiten zusammen.		
Themenbrochure „So schützen Sie sich im Alter“ Wirkungsvolle Ratschläge zu Sicherheitsvorkehrungen gegen Trickdiebe und -betrüger. (32 S.)	Themenfaltblatt „So schützen Sie sich im Alter“ Das Faltblatt „Der goldene Herbst“ fasst die Informationen der Themenbrochure in komprimierter Form auf 10 Seiten zusammen.	Themenbrochure „Sicher wohnen – Einbruchschutz“ Diese informative Broschüre hält neben Verhaltenstipps auch viele technische Sicherheitsempfehlungen für den privaten Wohnraum bereit. (36 S.)	Themenfaltblatt „Ungebetene Gäste“ Faltblatt zur Bewerbung des Themenpaketes „Einbruchschutz“ mit Bestellmöglichkeit für die CD-ROM. (8 S.)		



Themenfaltblatt „Einbruchmelde- und Überfallmelde- anlagen“

Faltblatt mit vertiefenden Hinweisen zum Thema „Alarmanlagen“. (10 S.)



CD-ROM „Sicher wohnen“

Die CD-ROM enthält sicherungstechnische und verhaltensorientierte Tipps zum Schutz vor Haus- und Wohnungseinbruch sowie Fahrzeugdiebstahl. (Schutzgebühr 1,- €/Stk. für Polizeidienststellen; ansonsten 2,- € zzgl. Versandkosten)



Themenpaket „Fahrrad-Diebstahl“

Enthält Tipps, wie Sie sich gegen Fahrraddiebstahl schützen können.

Das Paket umfasst den **Faltblatt-Ratgeber**, den **Fahrrad-Aufkleber** und den **Fahrrad-Pass**.



Themenpaket „Ganze Sicherheit für unser Viertel“

Konkrete Empfehlungen, wie eine Nachbarschaftshilfe effektiv funktionieren kann.

Das Paket umfasst den **Faltblatt-Ratgeber**, den **Aufkleber** und das **Türschild „Vorsicht Wachsender Nachbar“**.



Plakat für Dienststellen „Mit Sicherheit gut beraten“

DIN A2 hoch,
420 x 594 mm



Aufkleber für Dienststellen „Mit Sicherheit gut beraten“

80 x 113 mm



Flyer und Scheckkarte „Aktion - Tu-Was“

Zivilcourage kompakt, auf 10 Farbseiten bzw. fürs Portemonnaie:

6 Tipps, mit denen jeder als Zeuge und Helfer seinen Beitrag zu mehr Sicherheit leisten kann.



Boots-Pass

Hier können alle Informationen über das eigene Boot festgehalten werden. Bei einem Diebstahl ist der Boots-Pass ein wichtiges Hilfsmittel für eine wirkungsvolle Fahndung. (10 S.)



Großer Prospektaufsteller (Dispenser)

Für 5 unterschiedliche Themenbroschüren im Format DIN A5 und 2 Faltblätter im Format DIN lang.



Kleiner Prospektaufsteller (Dispenser)

Für 6 unterschiedliche Faltblätter im Format DIN lang.



Polizeisozialwerk
Gewerkschaft der Polizei
Saarland

Programm

MEN IN BLACK

Gesang + Entertainment

EDWINA DE POOTER

Moderation + Entertainment

DOC SHREDDER + DOLLS COMPANY

Akrobatik

TRANSATLANTIC SHOWBAND

Tanz- und Programmbegleitung

Wir wünschen allen Besuchern (Programmänderungen vorbehalten)
des heutigen Festabends frohe
Stunden in beschwingter und
heiterer Atmosphäre.



MEN IN BLACK



EDWINA DE POOTER



**DOC
SHREDDER**



**DOLLS
COMPANY**



TRANSATLANTIC SHOWBAND